

Kommunalisierung, Regionalisierung, Kooperation – die „neue Welle“ subnationaler Verwaltungsreform

Sabine Kuhlmann und Jörg Bogumil

1 Hintergrund und Problemaufriss

Seit einigen Jahren ist in Deutschland und in einer Vielzahl anderer europäischer Länder eine neue Welle der Dezentralisierung von Staatsaufgaben und der territorialen Reorganisation subnationaler Gebietskörperschaften in Gang gekommen. Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielschichtig. Zum einen gibt es wirkungskräftige externe Impulse, vor allem die Einflüsse der europäischen Integration, die die Etablierung und Stärkung von Regionen europaweit vorangehen haben. Den Regionen wurden eigenständige Zugänge zum Politiksystem der EU eingeräumt (Ausschuss der Regionen) und die Regionsbildung verbesserte die Bedingungen für eine Beantragung und Abwicklung von EU-Fördermitteln im Rahmen der Kohäsionspolitik. Diese Faktoren machten sich vor allem in den traditionell unitarisch verfassten Ländern und in den neuen Mitgliedsstaaten geltend. Zum anderen sind Regionalisierungsprozesse durch funktionale Faktoren und Handlungszwänge bestimmt. Die Schaffung regionaler Verwaltungen in Metropolräumen und neuer Formen der interkommunalen Zusammenarbeit auf regionaler oder Meso-Ebene, die in vielen europäischen Ländern beobachtet werden können, sind darauf gerichtet, durch Zusammenschluss oder Kooperation mehrerer lokaler Gebietskörperschaften leistungsfähige regionale Steuerungsmechanismen und Verwaltungsstrukturen zu schaffen. Ziel ist es, die administrative Fragmentierung und Koordinationsdefizite in Agglomerationsräumen zu reduzieren und so zu einer effektiveren Steuerung öffentlicher Aufgaben zu gelangen. Mit Blick auf den deutschen Fall kommt ferner die Besonderheit ins Spiel, dass sich ein funktionaler Zwang zur Schaffung von Regionalverwaltungen teils auch aus den Folgewirkungen der Verwaltungsstrukturreformen ergeben hat. Wenn etwa staatliche Mittelinstanzen beseitigt oder die sektorale Staatsverwaltung deutlich zurückgebaut worden sind, entsteht ein territoriales (überlokales) ‚Koordinationsvakuum‘ und damit ein funktionaler Bedarf an regionaler Bündelung und Koordination, wofür Regionalverwaltungen eine institutionelle Lösung bieten.

Auch die Kommunalisierung von staatlichen Aufgaben erfolgt vielfach aus Gründen funktionaler Optimierung und in der Überzeugung, dass bestimmte lokal wirksame Politiken effektiver und effizienter vor Ort in den kommunalen als von staatlichen Institutionen gesteuert und implementiert werden können. Damit verbunden ist die Erwartung, dass die multifunktional und gebietsbezogen operierende Kommune besser in der Lage ist, einen Ausgleich zwischen verschiedenen sektoralen Fachpolitiken im territorialen Raum herbeizuführen als eine monofunktional ausgerichtete Staatsbehörde, die in vertikale Fachbruderschaften eingebunden ist und eher ‚policy-egoistisch‘ handelt. Aufgabendezentralisierung kann aber auch in der Absicht erfolgen, politisch-demokratische Legitimitätsgewinne dadurch zu erzielen, dass den gewählten Kommunalvertretern neue politische Beschlussrechte im Hinblick auf die kommunalisierten Aufgaben eingeräumt werden (was in Deutschland selten, in anderen Ländern – etwa Schweden, Frankreich – häufiger der Fall ist), um so die demokratische Kontrolle vor Ort zu verbessern. Hier ist die Debatte um eine ‚echte‘ (politische) oder ‚unechte‘ (administrative) Kommunalisierung und Dezentralisierung angesprochen, die in einigen Beiträgen dieses Bandes aufgegriffen wird.

Als weitere Antriebskräfte von Regionalisierung und Kommunalisierung machen sich der demographische Wandel und die ökonomische Krise geltend, die besonders stark auf die lokale Ebene ‚durchschlagen‘. Der Bevölkerungsrückgang und die zunehmende Alterung der Gesellschaft im Zusammenspiel mit öffentlichen Finanzierungsproblemen führen dazu, dass die bislang angebotenen Verwaltungsleistungen und -institutionen der lokalen Ebene vielerorts nicht weiter aufrechterhalten werden können. Gebietsfusionen und Regionalisierung haben in diesem Kontext die Funktion, Behördendichte und -personal abzubauen und Einspareffekte durch regionale ‚Hochkonzentration‘ von kommunalen Aufgaben und die damit verbundenen ‚Skaleneffekte‘ zu erzielen, worin (auch) die zentralisierenden Effekte der aktuellen Reformen sichtbar werden. In umgekehrter Richtung werden aber auch von den Kommunalisierungs- und Dezentralisierungsreformen eine fiskalische Optimierung und ein nachhaltiger Einspareffekt erwartet. Diese versprechen sich die staatlichen Akteure zum einen daraus, dass sie sich im Zuge der Aufgabenabschichtung selbst kostenträchtiger Aufgaben und Finanzierungsverantwortung entledigen können, und zum anderen daraus, dass die dezentralisierten Aufgaben von den Kommunen mit weniger Ressourcen erbracht werden sollen (Einspar-/Effizienzrendite).

Regionalisierung, Kommunalisierung und Gebietsreform führen zu Verschiebungen der funktionalen und territorialen Kompetenzgrenzen. Sie verändern die Beziehungen zwischen Organisationen unterschiedlicher Ebenen und Sektoren. Institutionelle Grenzen werden neu bestimmt und die „Gestalt“ der Institutionenordnung wandelt sich (Benz 2004: 20). Diese Prozesse sind hochgradig

durch institutionelle Interessen, ‚Machtspiele‘ und die strategischen Handlungskalküle der involvierten Akteure geprägt, die hier als weitere wichtige Antriebskräfte und Bestimmungsfaktoren der Reformentwicklung in den Blick kommen. Sie sind als ursächlich für verschiedene Varianten, Strategien und Geschwindigkeiten der territorialen und funktionalen Neuordnung anzusehen, wobei Varianz nicht nur zwischen europäischen Ländern, sondern auch innerhalb eines Landes, etwa zwischen Regionen/Bundesländern, zu beobachten ist. So erklärt sich die aus Sicht vieler Beobachter überraschende Radikalität und Geschwindigkeit der ‚Teufel-Reform‘ in Baden-Württemberg wesentlich aus den strategischen Koalitionen, die zwischen landes- und kommunalexekutiven Akteuren geschlossen wurden und die bei gleichzeitiger ‚Ausschaltung‘ von Gegenspielern zum veraltungspolitischen ‚big bang‘ führen konnten. Auch im Falle Mecklenburg-Vorpommern lässt sich das Scheitern der Regionalkreisbildung im ersten Versuch zumindest teilweise in einen Zusammenhang mit endogenen Akteurskonstellationen – dort der fehlenden Koalition zwischen Landesregierung und Landräten – bringen.

2 Idee und Zielrichtung

Kann somit einerseits eine allgemeine Tendenz in Richtung Dezentralisierung, Kommunalisierung und Regionalisierung festgestellt werden, fehlt es andererseits an einer Zusammenschau der unterschiedlichen Reformkonzepte und institutionellen Lösungen, sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext. In Verwaltungswissenschaft und Verwaltungspolitik herrscht Uneinigkeit darüber, welche ‚Verwaltungskonfigurationen‘ sich in verschiedenen Aufgabenfeldern besser oder schlechter bewährt haben. Es mangelt an empirisch gesättigtem Wissen darüber, auf welcher Ebene welche Aufgaben am besten anzusiedeln sind, unter welchen Bedingungen die multifunktionale kommunale Selbstverwaltung besser für die Aufgabenerledigung geeignet ist als eine monofunktionale staatliche Sonderverwaltung und inwieweit sich Kooperations- gegenüber Fusionsmodellen territorialer Steuerung als über- oder unterlegen erweisen (vgl. Bogumil 2010). Dieses Defizit hängt nicht zuletzt mit dem nach wie vor zu beklagenden Mangel an veraltungspolitisch interessierten Evaluationen zusammen (vgl. Kuhlmann 2009). Es kann allerdings nicht das Anliegen dieses Bandes sein, auf all diese Frage eine erschöpfende Antwort zu liefern. Vielmehr soll es darum gehen, eine Bestandsaufnahme der aktuellen Kommunalisierungs- und Regionalisierungsreformen in Deutschland vorzunehmen und diese in den internationalen Kontext einzubetten. Es werden empirische Anhaltspunkte, konzeptionelle Anregungen und praktische Erfahrungen zur institutionellen, funktionalen

und territorialen Re-Organisation kommunaler und sub-nationaler Verwaltung in Deutschland und Europa vermittelt, die einen ersten Schritt zu einer umfassenderen Bilanz und Evaluierung von Verwaltungskonfigurationen unterhalb des Zentralstaates darstellen können.

In den hier versammelten Beiträgen werden zum einen Analysen und Bilanzen der Reformprozesse aus der Perspektive verschiedener Wissenschaftsdisziplinen (Politik- und Verwaltungswissenschaft, Rechtswissenschaft, Betriebswirtschaft) vorgestellt. Zum anderen geht es um eine Anbindung der wissenschaftlichen Diskussion an die Praxis. Diese wird dadurch hergestellt, dass in einer Reihe von Praktikerbeiträgen die konkreten Zielvorstellungen und Erwartungen der Reformer, aber auch praktische Handlungszwänge und Umsetzungsprobleme thematisiert werden. Damit wird zugleich ein unmittelbarer empirischer Einblick in die aktuelle Reformbewegung gegeben. Indem schließlich die deutschen Reformererfahrungen in einen breiteren internationalen Kontext gestellt werden, versucht der Band die nationale durch eine vergleichend-internationale Perspektive zu ergänzen und zu erweitern, womit zugleich die Frage des ‚Konzepttransfers‘ und des ‚Lernens von anderen‘ angesprochen ist. Es werden die Stärken und Schwächen von Gebietszusammenschlüssen und Kooperationsmodellen diskutiert sowie Gestaltungsperspektiven für die Kommunal- und Regionalebene vor dem Hintergrund der Frage aufgezeigt, wie die deutschen Kommunen zukünftig ihre Leistungskraft und Handlungsfähigkeit behaupten können.

3 Aufbau des Bandes

Im *ersten Teil* des Bandes steht die Kommunalisierung im Mittelpunkt. Dabei werden im Beitrag von *Martin Burgi* zunächst aus rechtlicher Sicht die Möglichkeiten, Grenzen und Folgefragen der Kommunalisierung staatlicher Aufgaben thematisiert. Es wird herausgearbeitet, dass sich die aktuellen Kommunalisierungsreformen in Deutschland als grundlegender Wandel von Staatlichkeit darstellen, in welchem sich der Staat in Richtung Kommunen ‚verflüchtigt‘. Dieser Wandel ist mit weitreichenden Konsequenzen sowohl im Hinblick auf das Funktionieren der Staatsverwaltung als auch der kommunalen Selbstverwaltung verbunden. Burgi macht darauf aufmerksam, dass die Kommunalisierung von Aufgaben nicht in die Verstaatlichung der Kommunen umschlagen darf und plädiert daher für eine klare Alternativentscheidung: entweder ‚echte‘ Kommunalisierung oder aber Verzicht auf Kommunalisierung. Die beiden darauffolgenden Beiträge analysieren die verwaltungspolitischen Konzepte, Umsetzungsstrategien und Effekte der Kommunalisierung in konkreten Aufgabenfeldern auf der Basis empirischer Untersuchungsbefunde. Ausgehend davon, dass Kommunalisierungen

aus einer Reihe von Gründen zu begrüßen sind, zieht *Falk Ebinger* auf der Basis erster Evaluationen ein vorläufiges Fazit. So scheint der Erfolg einer kommunalen Aufgabenübernahme maßgeblich vom Geschick der Akteure vor Ort abzuhängen. Darüber hinaus erweisen sich regulative und technische Aufgaben, wie der gesamte Umweltbereich, als eher wenig für eine Kommunalisierung geeignet, während distributive und stark auf lokale Vernetzungen angewiesene Aufgaben, insbesondere im sozialen Bereich, unter den richtigen Rahmenbedingungen von der höheren Ortsnähe profitieren können. Als Ursache für diese sehr heterogene Entwicklung kann die unterschiedliche Verbreitung von drei Problemlagen identifiziert werden: ungelöste Schnittstellenproblematiken, die unterschiedliche Ressourcenausstattung der Kreise und eine unterschiedlich stark praktizierte Politisierung von Verwaltungshandeln durch die fachfremde Einflussnahme von politischen Entscheidern. An diese Thematik schließt der Beitrag von *Philipp Richter* an. Hier werden für den Bereich der Schulaufsicht in Baden-Württemberg unterschiedliche Effekte ausgemacht, die aus mehreren, mitunter widerstreitenden, Einflüssen resultieren. So erhöht sich die Kooperations- und Koordinationsfähigkeit der Schulaufsicht durch die ‚Fusionierung‘ mit der allgemeinen Verwaltung deutlich und es ergeben sich positive Effekte infolge der kommunal(-politischen) Ortsnähe. Allerdings führt die zur Integration mitunter notwendige Trennung sonderbehördlicher Strukturen in kleinen Landkreisen zu negativen Effekten bezüglich der spezialisierten Aufgabenwahrnehmung. Ob dies ein ausreichender Grund für die erfolgte Wiederverstaatlichung der Schulämter zum 01.01.2009 ist, hängt davon ab, in welchem Ausmaß man einen gewissen Verlust an (Über-)Spezialisierung und eine kommunalpolitische Mitwirkung in diesem Politikfeld als akzeptabel oder gar wünschenswert betrachtet.

Der *zweite Teil* des Bandes befasst sich mit der Regionsbildung, der Regionalisierung kommunaler Aufgaben sowie mit den Erfahrungen interkommunaler Kooperation. Dabei kommen verschiedene Perspektiven zur Sprache, die auf dem Kontinuum zwischen ‚harten‘ und ‚weichen‘ Varianten der Regionsbildung angesiedelt sind. *Jörg Bogumil* und *Stephan Grohs* geben einen Überblick über die Institutionalisierungsformen von Regionalverwaltungen in Deutschland und diskutierten Legitimationsfragen und Hindernisse von eher ‚harten‘ Regionsbildungen. Die hieraus gewonnenen Anforderungen an eine Regionsbildung werden dann anhand möglicher Szenarien zur Bildung eines Großraums Braunschweig weiter präzisiert. Der Perspektive von Regionen als Regionalverwaltungen und regionalen Gebietskörperschaften folgt auch der Beitrag von *Axel Priebis*, der die Entstehungsbedingungen, Institutionalisierungsprozesse, Erfolge und Erfolgsfaktoren der im Jahre 2001 gegründeten Region Hannover präsentiert. Abschließend diskutiert er die Frage, inwieweit das Hannoveraner Beispiel wegweisend für

andere Städtereionen sein und insoweit ‚Modellcharakter‘ haben kann. Die (‚harte‘) Regionalisierung jenseits metropolitaner Ballungsräume ist Gegenstand des Beitrags von *Johannes Freiherr von Gayl*, der die verfassungs- und veraltungspolitische Diskussion um die Regionalkreisbildung im Land Mecklenburg-Vorpommern nachzeichnet. Hier werden aus der Perspektive des institutionenpolitisch ‚beteiligten Beobachters‘ sowohl die Kontroverse um die Etablierung von Regionalkreisen und den Abbau staatlicher Sonderbehörden als auch die ‚Lehren‘ vorgestellt, die die Landesakteure aus dem Greifswalder Gerichtsurteil des Jahres 2007 gezogen haben. Besonders interessant ist die Feststellung von Gayls, dass sich zwar die Rechte der Kommunen auf Teilhabe an einem Verfahren zur Schaffung einer neuen Gebietsstruktur faktisch durch das Gerichtsurteil verbessert haben, dass aber das Ausmaß der Aufgabenübertragung und damit auch das politische Gewicht der Kommunen in der nun kommenden Achter-Struktur geringer sein werden als in der ursprünglich angedachten Fünfer-Struktur.

Die Regionalisierung als eher ‚weiche‘ Variante einer interkommunalen Zusammenarbeit ist Gegenstand der nächsten Beiträge, bei denen – anknüpfend an die Debatte um Regional/Metropolitan Governance – auch die Beteiligung nicht-staatlicher Akteure an der Kooperation zur Sprache kommt. *Folkert Kiepe* skizziert aktuelle Erfahrungen und weiterführende Thesen zur Zukunft und Leistungsfähigkeit der interkommunalen Kooperation aus Sicht des Deutschen Städtetages. Der Beitrag gibt einen anschaulichen Einblick in die zahlreichen Politik- und Aufgabenfelder, in denen interkommunale Kooperation bereits praktiziert wird, und informiert über die jeweiligen Handlungs- und Institutionalierungsformen. Kiepe vertritt die Auffassung, dass regionale Zusammenarbeit weiter zunehmen wird, nicht zuletzt angesichts eingeschränkter öffentlicher Finanzierungsspielräume. Wesentliche Handlungsfelder sind dabei die ‚alte‘ und doch immer noch aktuelle Stadt-Umland Problematik, aber auch die neuen Aufgabenstellungen im europäischen Zusammenhang, in denen es um eine strukturelle Ausrichtung und ‚Positionierung nach außen‘ geht. Welchen Beitrag dabei der Einsatz von eGovernment leisten kann, inwieweit eine prozessorientierte Betrachtung des kommunalen Verwaltungshandelns und eine IT-basierte Organisation der interkommunalen Kooperation die lokale Steuerungsleistung verbessern können, aber auch welche Grenzen und Probleme bei ‚e-cooperation‘ auftauchen, wird im Beitrag von *Tino Schuppan* behandelt. Hier zeigt sich, dass die veraltungspolitische Umsetzung von eGovernment immer noch weit hinter den konzeptionellen Plänen zurückhinkt. Insofern lässt sich das Fazit des Beitrags, dass Gebietsreformen im Informationszeitalter im Netz stattfinden, doch eher als Wunsch und Vision des Autors deuten und weniger als empirische Verwaltungsrealität.

Im Beitrag von *Joachim Blatter* und *Nico von der Heiden* werden die neuen Formen regionaler Zusammenarbeit betrachtet, die sich in Deutschland seit Beginn der 1990er Jahre in städtischen Ballungs- und Agglomerationsräumen etabliert haben. Basierend auf einer Typologie der Metropolitan Governance konturiert der Beitrag die Entstehungsgeschichte der Kooperationsformen in den Metropolräumen Hamburg, Bremen, Hannover, Stuttgart, München und Frankfurt und geht der Frage nach einer Konvergenz von neuen Governance-Formen in deutschen Agglomerationsregionen nach. Von einem deutlichen Wandel der traditionellen Kooperationsformen zwischen Gebietskörperschaften ist auch im Beitrag von *Heinrich Mäding* die Rede. Er geht davon aus, dass sich unter dem Druck von Globalisierung und Europäisierung eine qualitativ neue Form der interkommunalen Kooperation formiert hat, die als ‚strategische Regionsbildung‘ bezeichnet werden kann. Diese zielt darauf ab, die durch das Territorium vorgeprägte Begrenztheit der einzelnen Stadt und ihrer Ressourcen zu überwinden, indem nicht nur eine geographische und ressourcenmäßige Ausweitung der Kooperation erfolgt, sondern auch ein grundlegender Wandel im Handlungsmodus (Kooperation mit Privaten) und in den Handlungsorientierungen der beteiligten Akteure (Außenorientierung). Fragen der regionalen Reichweite, der Aufgabenbreite und der Trägerstruktur werden abschließend am Beispiel der elf Regionen in Deutschland diskutiert, die als Europäischen Metropolregionen anerkannt sind.

Im *dritten Teil* des Bandes wird ein Blick über den nationalen ‚Tellerrand‘ geworfen und sollen ausgewählte internationale Beispiele von Dezentralisierung, Regionalisierung und interkommunaler Kooperation vorgestellt werden. *Hellmut Wollmann* gibt zunächst einen Überblick über markante Vertreter der westeuropäischen Kommunaltradition (Deutschland, UK/England, Schweden, Frankreich, Spanien, Italien). Es werden die Stellung der Kommunen im Mehrebenensystem und die inhaltlichen Aufgaben- und Ausgabenprofile der unteren kommunalen Ebene (Gemeinden) in ein vergleichendes Ranking gestellt mit dem Ergebnis, dass der Kommunalisierungsgrad in Deutschland – gemessen am Anteil der Gemeindeausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben – etwa mit jenem in Spanien vergleichbar ist und damit weit vor Frankreich, aber deutlich hinter Schweden liegt. Das in beispiellosem Umfang kommunalisierte Schwedische Modell wird auch deshalb als besonders vorbildhaft im europäischen Kontext herausgestellt, weil alle von den Kommunen wahrgenommenen Funktionen ‚echte‘ kommunale Aufgaben sind. Vor diesem Hintergrund plädiert Wollmann mit Blick auf den deutschen Kontext dafür, dass nicht nur das Aufgabenprofil der Kommunen, etwa um den Bereich des Schulwesens, substanziell erweitert werden könnte, sondern dass das überkommene ‚dualistische‘ Kommunalmodell

abgelöst und grundsätzlich zur ‚echten‘ Aufgabenkommunalisierung übergegangen werden sollte.

In den drei darauffolgenden Beiträgen werden aktuelle Reformanläufe im ‚klassisch-kontinentaleuropäischen‘ Verwaltungskontext am Beispiel der Länder Frankreich und Italien analysiert. *Renate Reiter* betrachtet die jüngste Dezentralisierungswelle in Frankreich, die mit der Verfassungsreform des Jahres 2003 in Gang gekommen ist und dabei besonders weitreichende Auswirkungen im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktverwaltung auf Departementsebene hatte. Ihre Analyse deckt auf, dass es in Frankreich aufgrund der unzureichenden Abstimmung zwischen Policy-Reform in der Sozialpolitik einerseits und Institutionenreform/Dezentralisierung andererseits zu Leistungs- und Steuerungsdefiziten in den Gebietskörperschaften gekommen ist. Die Überinstitutionalisierung des subnationalen Raumes und die damit verbundenen Effizienz-, Koordinations- und Steuerungsprobleme kommen im Beitrag von *Sabine Kuhlmann* zur Sprache. Sie diskutiert diese Reformeffekte im Zusammenhang mit der interkommunalen Kooperation, die sich in Frankreich – angesichts nahezu aussichtloser Gebietsfusionen – seit dem *Loi Chevènement* von 1999 rasant entwickelt hat, so dass Beobachter von einer „interkommunalen Revolution“ sprechen. Es wird gezeigt, dass die neuen Kooperationsformen zwar inzwischen fast flächendeckend installiert worden sind, aber in der Praxis gravierende Steuerungs- und Handlungsblockaden, vor allem aufgrund der weiterhin bestehenden Dominanz der Einzelkommunen und ihrer Bürgermeister, zu beklagen sind, so dass für eine ‚Reform der Reform‘ plädiert wird. Deutlich radikalere institutionelle und verfassungsmäßige Einschnitte hat dagegen Italien in den vergangenen zwei Jahrzehnten durchlaufen, wie *Nathalie Behnke* in ihrem Beitrag herausarbeitet. Wenngleich die italienische Verfassung formal am unitarischen Staatscharakter festhält, so weist die Regionalisierung doch inzwischen deutliche Elemente einer ‚Quasi-Föderalisierung‘ auf. Italien verfügt, so die Analyse, heute über eine Art ‚asymmetrischen Regionalstaat‘ mit deutlich gestärkter kommunaler Selbstverwaltung und weitreichenden politisch-administrativen Autonomierechten der Regionen. Allerdings sind für den Übergang zu einem ‚echten‘ Föderalstaat noch weitere Reformschritte und eine konsequente Umsetzung bereits vorhandener rechtlicher Normen nötig.

Dezentralisierung und Regionalisierung haben im Zuge des post-sozialistischen Systemwechsels und der europäischen Integration auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE) eine ganz wesentliche Rolle gespielt. *Martin Brusis* zeigt in einer länder-vergleichenden Perspektive, die die zehn MOE-Staaten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn einbezieht, in welchem Ausmaße die neuen EU-Mitgliedsstaaten inzwischen regionale Verwaltungsstrukturen

etabliert haben, über welche Kompetenzen, politischen Autonomierechte und Ressourcen diese verfügen und welche Auswirkungen die Regionsbildung auf die Kommunen, die in diesen Ländern zugleich Adressaten und Akteure der Reformprozesse waren, hatte. Den Abschluss dieses Bandes bildet ein Ausblick auf Forschungsperspektiven in der Verwaltungswissenschaft (*Jörg Bogumil/Sabine Kuhlmann*).

Literatur

- Benz, A. 2004: Institutionentheorie und Institutionenpolitik. In: Benz, A./Siedentopf, H./Sommermann, K.-P. (Hrsg.): Institutionenwandel in Regierung und Verwaltung. Festschrift für Klaus König zum 70. Geburtstag. Berlin, 19-31.
- Bogumil, J. 2010: Die Ebenen der Verwaltung, die Verteilung der Aufgaben und die Realität der Verwaltungspolitik. In: Schimanke, D. (Hrsg.): Verwaltung und Raum. Zur Diskussion um Leistungsfähigkeit und Integrationsfunktion von Verwaltungseinheiten. Baden-Baden, 77-88.
- Kuhlmann, S. 2009: Die Evaluation von Institutionenpolitik in Deutschland: Verwaltungsmodernisierung und Wirkungsanalyse im föderalen System. In: Widmer, T./Beywl, W./Carlo, F. (Hrsg.): Evaluation. Ein systematisches Handbuch. Wiesbaden, 371-380.